Gewerkschaftliche
Monatshefte
1'83

Zu diesem Heft und zu diesem Jahrgang

Für diesen Jahrgang, beginnend mit dem vorliegenden Heft, ist eine Neuerung zu erläutern und sind zwei Vorankündigungen zu Themenschwerpunkten zu machen.

1. Serie „Arbeitslosigkeit"

In dieser Zeitschrift ist in den vergangenen Jahren immer wieder das Thema Arbeitslosigkeit aufgegriffen worden - dabei sind ihre Ursachen, Aspekte und Entwicklungstendenzen unter verschiedenen Gesichtspunkten untersucht und erläutert worden. Die persönliche Betroffenheit der einzelnen Arbeitslosen, das „Schicksal" Arbeitslosigkeit - dessen Summe ja nicht nur die weitreichende menschliche, sondern auch politische Wirkung von Arbeitslosigkeit ausmacht - wurden nur am Rande erwähnt. Um diesen Mangel auszugleichen, werden wir, möglichst in jedes Heft dieses Jahrgangs, ein Gespräch mit (einem/r) Arbeitslosen aufnehmen. Wir werden uns bemühen, „typische" Fälle herauszugreifen, also etwa Beispiele aus dem Bereich der sogenannten Problemgruppen vorzustellen. Auch auf die regionale Verteilung wollen wir nach Möglichkeit Rücksicht nehmen.

Bereits bei unserem ersten Interview mit Helma Scholz und anderen Mitgliedern der Arbeitsloseninitiative in Bottrop (s. S. 7ff.) zeigten sich gewisse Schwierigkeiten bei der Verwirklichung unseres Vorhabens: Obwohl es inzwischen mehr als 2,2 Millionen Arbeitslose in der Bundesrepublik Deutschland gibt, ist es gar nicht ganz leicht, Arbeitslose ausfindig zu machen, die bereit sind, über sich freimütig und offen Auskunft zu geben. Nur wenige finden sich in Treffs oder Initiativen zusammen, die meisten versuchen wohl lange, ihr „Schicksal" vor anderen zu verbergen und fühlen sich in jeder Beziehung alleingelassen. Wir fanden unsere ersten Gesprächspartner in Bottrop mit freundlicher Unterstützung der evangelischen Kirche, die wohl zur Zeit am meisten für die Arbeit mit Arbeitslosen tut. Auch die Gewerkschaf-

ten sind nicht müßig; es gibt eine ganze Anzahl gewerkschaftlich unterstützter und betreuter Arbeitsloseninitiativen. Unser erstes Gespräch hat allerdings auch ergeben, daß hier für die Gewerkschaften durchaus noch ein ,,Nachholbedarf" besteht, den wir hoffentlich mit dieser Serie zur Arbeitslosigkeit etwas abbauen können.

2. Neuwahlen zum Bundestag am 6. März

Nach der Entscheidung des Bundespräsidenten steht nunmehr fest, daß am 6. März 1983 ein neuer Bundestag gewählt wird. Schon vor dieser endgültigen Entscheidung — und dennoch zwangsläufig recht kurzfristig - haben wir die Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Fraktionen um Stellungnahmen zur politischen Lage und zu den Positionen und Forderungen des DGB gebeten. Zusammen mit einem einleitenden Aufsatz des DGB-Vorsitzenden Ernst Breit und einem Beitrag zur gegenwärtigen Situation der ,,Grünen" werden wir die Aussagen der im Bundestag vertretenen Parteien im Februar-Heft veröffentlichen.

3. 50 Jahre nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung"

Vor fünfzig Jahren, am 30. Januar 1933, ernannte Reichspräsident von Hindenburg den ,,Führer" der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, zum Reichskanzler. Viele, zu viele gingen damals von einem kurzen faschistischen Zwischenspiel in Deutschland aus - die zwölf Jahre nationalsozialistischer Terrorherrschaft brachten Deutschland und Europa an den Abgrund, bewirkten eine neue politische Ordnung der Welt und kosteten Millionen Menschen - im Krieg, in Konzentrationslagern - das Leben.

Des Tages der „Machtergreifung" und seiner Folgen wird in Gedenkfeiern, mit Konferenzen, mit zahlreichen Beiträgen in allen Medien gedacht. Es ist zu hoffen, daß damit etwas gewonnen wird für die längst nicht vollendete „Bewältigung der Vergangenheit", daß Kritik und Schuldzuweisungen nicht immer dort aufhören, wo die jeweils gedenkende Gruppe, Partei, Richtung selbst betroffen sein könnte.

Der DGB wird mit einer wissenschaftlichen Konferenz am 2. und 3. Mai 1983 - jene Zeit, in der vor fünfzig Jahren die Gewerkschaftshäuser von den Nazis besetzt und die freien Gewerkschaften zerschlagen wurden - und mit einem Gedenken an die Gewerkschafter in Duisburg, die damals von den Nazis ermordet wurden, seine „Erinnerungsarbeit" leisten. Er setzt damit eine Tradition fort, die mit der wissenschaftlichen Konferenz „Aus der Geschichte lernen - die Zukunft gestalten. 30 Jahre DGB" im Jahre 1979 in München begonnen wurde. Bereits damals hat Heinz O. Vetter in seinem Grundsatz-

referat und haben die in München anwesenden namhaften Historiker und Politikwissenschaftler in ihren Beiträgen die kritischen und problematischen Punkte in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung nicht ausgelassen. Dazu gehören zweifellos auch die Endphase der Weimarer Republik und das Jahr 1933. Hätten die Gewerkschaften durch einen Generalstreik oder durch bewaffneten Widerstand am 20. Juli 1932, als Reichskanzler von Papen die sozialdemokratisch geführte preußische Regierung durch einen Staatsstreich absetzte, oder noch am 30. Januar 1933 die Republik retten können? Haben die Gewerkschaftsführungen einen Fehler begangen, als sie versuchten, um beinahe jeden Preis die Organisationen über die - wie die meisten voraussetzten: kurze - Zeit eines nationalsozialistischen Regimes zu retten? Diesen und anderen selbstkritischen Fragen stellt sich der DGB, und sie werden auch bei der wissenschaftlichen Konferenz dieses Jahres eine Rolle spielen.

Dem Ergebnis der Diskussionen dort und bis dahin greift man nicht vor, wenn man feststellt, daß sich die Gewerkschaften andererseits gewisse Frage- und Problemstellungen nicht aufdrängen lassen. So ist es – rechtzeitig zum Gedenkjahr 1983 - z. B. in bestimmten konservativen wissenschaftlichen und politischen Denk- und Argumentationsschulen wieder gebräuchlich und erlaubt, den Gewerkschaften letztendlich die Schuld am Untergang der Weimarer Republik in die Schuhe zu schieben. Hier sind die Nachfolger derer am Werk, die schon die erste deutsche Demokratie als „Gewerkschaftsstaat" diffamierten. Es ist wahr, daß die Weimarer Republik nur von wenigen wirklich getragen wurde - zu diesen wenigen gehörten jedenfalls die freien Gewerkschaften sowie die Sozialdemokratie -, zu ihren Verächtern und Feinden zählten nicht nur konservative und reaktionäre politische Parteien, sondern große Teile der Unternehmerverbände, zahlreiche Intellektuelle, wichtige Teile der Beamtenschaft und auch die Kommunistische Partei.

Im Widerstand gegen den Nationalsozialismus haben unzählige Kommunisten für ihre Überzeugung das Leben verloren - ein Opfer, das schwerwiegt und nicht vergessen ist. Aber auch das bleibt historische Wahrheit: die verheerende Politik der Kommunistischen Partei insbesondere am Ende der Weimarer Republik, die in erster Linie die Sozialdemokraten als ärgste Feinde noch vor den Nazis („Sozialfaschisten") bekämpfte und vor gelegentlicher Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten nicht zurückscheute. Eine Geschichtsschreibung, auch wenn sie sich als parteiisch versteht, die das ganz oder teilweise verschweigt, die verschweigt, daß eine abwegige und illusionäre Politik der KPD ganz entscheidend dazu beigetragen hat, daß die Einheit der Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik unmöglich wurde, trägt nicht zum Lernen aus der Geschichte bei.

Ein konservativer Bezug zu „Tradition" und „Geschichte" ist modern. Eine Tendenz zur Legitimation überholter, autoritärer, unsozialer Politik mit historischer, meist auch noch personifizierter „Größe" ist nichts Neues. Da diese Methode kaum Einsichten z. B. in historische Zusammenhänge oder in die Kompliziertheit historischer Entscheidungssituationen vermitteln kann, und sie erst recht nicht Fehler eingestehen, Versäumnisse benennen, Schwächen bekennen kann, ist sie zum Lernen aus der Geschichte ebensowenig geeignet wie eine kommunistisch-orthodoxe Geschichtsschreibung.

Wenn der DGB sich im Jahre 1983 an gewerkschaftliche Politik gegen Ende der Weimarer Republik zurückerinnert, wenn Zeitgenossen und Wissenschaftler die damals ebenso komplexen Strukturen, die Handlungsmöglichkeiten bzw. -Unmöglichkeiten beschreiben und analysieren, wenn dabei Fehler und Versäumnisse gewerkschaftlicher Politik in die Darstellungen und Debatten einbezogen werden, dann bildet das die sicherste Grundlage für ein Lernen aus der Geschichte und für die Fähigkeit, Parallelen zur Gegenwart zu ziehen.

Andere gesellschaftliche Kräfte wären gut beraten, wenn sie sich ihrer Vergangenheit und ihrer Rolle 1933 und davor ähnlich nähern und versichern würden. Das gilt insbesondere für Unternehmer, Arbeitgeber und ihre Verbände. Deren Vorgänger haben sowohl gegenüber der Demokratie und dem sozialen System von Weimar eine höchst problematische Rolle gespielt als auch, besonders eindeutig in den dreißiger Jahren, einen ansehnlichen Beitrag zur endgültigen Schwächung der Republik und zum Aufstieg Hitlers geleistet. Es geht nicht um die einfache Behauptung, daß „die deutsche Industrie" Hitler „gemacht" habe - an dieser „historischen Wende" (Goebbels) waren noch einige mehr maßgeblich beteiligt. Nachdrücklich zu fordern ist allerdings, daß Industrie und Arbeitgeber nach 50 Jahren endlich die Kraft, die Souveränität, den Abstand und den Anstand finden, ihre politische Rolle während, am Ende der Weimarer Republik, bei der „Machtergreifung" und - ganz besonders - während der nationalsozialistischen Herrschaft selbstkritisch und differenziert - mit Unterstützung durch unabhängige Wissenschaftler verschiedener Richtungen - öffentlich darzustellen.

Daß das bisher nicht hinreichend geschehen ist, daß es weder eine relevante selbstkritische Auseinandersetzung der Unternehmerschaft und ihrer Verbände mit einem dunklen Kapitel ihrer Vergangenheit gibt, läßt - wie bei anderen Gruppen auch - den Willen, wirklich aus der Geschichte zu lernen, vermissen, behindert die „Bewältigung" der Vergangenheit insgesamt und stellt somit - noch nach 50 Jahren - eine Belastung für die Gegenwart dar.

Die deutschen Gewerkschaften haben 1933 ihre schwerste Niederlage erlitten. Sie läßt sich nicht mit einer Begründung, aus einer Situation heraus verstehen, sie hat länger angelegte, „strukturelle" Aspekte, die wiederum auf dem Hintergrund der politischen, ökonomischen und sozialen Entwicklung der Weimarer Republik zu sehen sind. Die wichtigsten sollen hier nur kurz genannt werden*:

1. Die organisatorische Spaltung der Arbeiterbewegung, die Zersplitterung der Gewerkschaften in drei, später vier Richtungen: freie (sozialdemokratische), christlich-nationale, liberale, kommunistische. Die Einigung der nichtkommunistischen Verbände im April 1933 kam zu spät und war, wegen der - zumindest verbalen - Preisgabe traditioneller gewerkschaftlicher Positionen äußerst problematisch.

   Wenn auch ihre organisatorische Zersplitterung ein Grund für die Niederlage der Gewerkschaften war, so kommen schwerwiegende politisch-inhaltliche Gründe hinzu:

2. Die Gewerkschaften aller Richtungen waren auf die 1929 verstärkt einsetzende Wirtschaftskrise programmatisch nicht vorbereitet. Die christlichen Gewerkschaften begegneten der Krise sogar mit ausgesprochen rückwärts gewandten, z. B. ständestaatlichen Konzepten, die eine z. T. gefährliche Neigung zu autoritären Mustern der Krisenlösung erkennen ließen.

3. Die organisatorische Zersplitterung der Arbeiterbewegung war teilweise Ausdruck einer politischen, soziologischen, regionalen Zersplittertheit der Arbeitnehmerschaft, der Arbeiterklasse, die es unternehmerischer und konservativer Politik leichtmachte, die Arbeitnehmer zu spalten und von den Gewerkschaften zu lösen.

   Der Rationalisierungsschub in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre beschleunigte den Zerfall der Arbeitnehmerschaft in verschiedene Gruppen und erschwerte die gewerkschaftliche Organisierbarkeit.

   Jugendliche ließen sich immer schwerer gewerkschaftlich binden, offenbar, weil die Gewerkschaften keine Perspektive bieten konnten. (Ähnliches galt für die SPD.)

---

* Eine eingehendere Darstellung bei: Ulrich Borsdorf/Hans 0. Hemmer, Der Faschismus am Ruder, in „Ausblick", Zeitschrift der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, 35 Jg., Nr. 1, Jan. 1983, S. 9-12. (Eine ausführlichere Fassung dieses Beitrags wird in den Heften 2 und 3/1983 der „Quelle" erscheinen.) Außerdem: DGB-Jugend, 50 Jahre Machtergreifung, Arbeiterbewegung, Nationalsozialismus und Neofaschismus in Deutschland. Materialien und Kommentare. Düsseldorf 1982.

Die Organisation der Angestellten blieb instabil. Viele von ihnen wandten sich rechten bzw. nationalsozialistischen Verbänden zu und gehörten zum Kern der nationalsozialistischen Wählerbasis.

Die Arbeitslosenzahlen stiegen von ca. 1,2 Millionen im Juli 1929 auf über 6 Millionen im Februar 1932. Es gelang den Gewerkschaften nicht, die Arbeitslosen in nennenswertem Umfang bei der Stange zu halten, sie landeten in großer Zahl bei der KPD und wohl auch bei der NSDAP.

Schließlich sahen sich die Gewerkschaften am Ende der Weimarer Republik einer massiven unternehmerischen Propaganda ausgesetzt, die den Staat als ,,Gewerkschaftsstaat" brandmarkte. Dazu paßte die Demagogie der Nazis gegen die „Bonzen", die auf der Linken eine Entsprechung fand. Die Gewerkschaften boten ihnen das Bild erstarrter Organisationen mit verkrusteten Strukturen und Apparaten, unfähig, sich neuen Anforderungen zu stellen.

Die Frage bleibt, bleibt berechtigt, ob die Gewerkschaften 1932/33 alles getan haben, um die Verbindung zwischen Führung und Mitgliedschaft vital und flexibel zu halten. Unternehmer und bürgerlich-konservative Regierungen hatten - mit massiver publizistischer Unterstützung - durchaus Erfolg in dem Bemühen, einen Keil zwischen gewerkschaftliche Führungen und Basis zu treiben und die Gewerkschaftsführungen zu attackieren. Es gelang den Gewerkschaften nicht wieder, aus dieser Defensive herauszukommen und sich als sozialer Verband intakt zu halten.

Diese wenigen Hinweise zur Politik und Lage der Gewerkschaften 1933 und vorher sollen hier genügen. Wir werden den einzelnen Fragen in einem Schwerpunktheft nachgehen, das als Doppelheft (April/Mai) zur erwähnten wissenschaftlichen Konferenz des DGB erscheinen wird.

Hans O. Hemmer